

Vorsitzender Abgeordneter Schmitz begrüßte um 17.46 Uhr Frau Dr. Hiepler, welche ab diesem Zeitpunkt die Sitzung begleitete. Frau Dr. Hiepler wurde sodann insgesamt durch den Ausschuss mit Applaus begrüßt. Vorsitzender Abgeordneter Schmitz bat Dezernent Schmitz, noch einmal kurz für Frau Dr. Hiepler zusammenzufassen, was im Ausschuss besprochen worden sei und die angemerkten Fragestellungen weiterzugeben.

Dezernent Schmitz hob das Lob der Abgeordneten Grünewald bezüglich der Impfkampagne in Hennef hervor und bat Frau Dr. Hiepler um eine persönliche Einschätzung bezüglich der Impfkapazitäten im RSK, auch in Bezug auf eventuelle Unterschiede innerhalb der Kommunen. Ferner stellte Dezernent Schmitz die Fragen, ob alle Haus- und Fachärzte an der Impfkampagne beteiligt und welche Facharzttrichtungen im speziellen einbezogen worden seien. Er bat zudem um Aufklärung, wie man an bestimmte Personengruppen, z. B. mit Migrationshintergrund heran komme und wo sie die Grenzen ihrer Möglichkeiten sehe.

Frau Dr. Hiepler führte aus, dass die Hausärzte sei dem 06.04.21 ca. 120.000 Impfungen verabreicht hätten. Daran seien auch Fachärzte beteiligt. Hierzu zählten insbesondere Pädiater, Gynäkologen, Hals-Nasen-Ohrenärzte, Orthopäden, Neurologen und Radiologen. Nun kämen auch noch die Betriebsärzte hinzu. Aus ihrer Sicht laufe es ganz gut.

In Bezug auf die Belastung der Hausärzte erklärte Frau Dr. Hiepler, dass es ein Unterschied sei, ob man dort als Alleinkämpfer arbeite oder in einer großen Praxisgemeinschaft. Für Alleinkämpfer sei es in der Tat beschwerlich, da sie von der Organisation bis zur Ausführung für alles zuständig seien. In den großen Praxen könne dies anders aufgeteilt werden. Sie organisiere in ihrer Praxis z. B. einen Impftag in der Woche, an dem sie dann nichts anderes mache. Sie habe volles Verständnis für kleine Praxen, wenn diese hier zurückhaltender seien. Bei den Fachärzten handle es sich in der Regel um größere Praxen, die dann ebenfalls einen Impftag anbieten würden. Es gebe zudem mittlerweile viele Initiativen über die Bürgermeister im Kreis zusammen mit den Standortbeauftragten ein Konzept zu Impftagen erarbeiten würden. So z. B. vor kurzem in Eitorf, Sankt Augustin und Siegburg. In Königswinter, Much und ein paar anderen Gemeinden sei ebenfalls ein Impftag geplant. Bei ihr in der Kommune (Hennef) helfe nun auch das Ordnungsamt bei der Terminvergabe. Es könne nicht sein, dass nach Aufhebung der Priorisierung am 07.06. – sofern Impfstoff vorhanden sei - der Arzt die Terminierung mache. Es sei daher im Kreis mit den Kommunen vereinbart worden, online einen Terminkalender zu schalten, über den sich die Patienten einloggen. Hier könne vorab auch eingesehen werden, was alles für die Impfung mitgebracht werden müsse. Diese Arbeitsschritte seien für die Arzthelferinnen sehr arbeitsintensiv und müssten daher vorbereitet sein. Sie freue sich hier sehr über die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen.

Dezernent Schmitz führte noch einmal folgende drei Themen zur Beantwortung an:

- Wie sähen die Impfkapazitäten pro Woche realistisch aus?
- Wo seien besondere Problemfelder zu sehen?
- Wo könne der RSK oder der AIG Frau Dr. Hiepler im Speziellen unterstützen?

Frau Dr. Hiepler führte hierzu aus, dass das von ihr angekündigte Ziel von 120.000 Impfungen in fünf Wochen (ca. 30-35.000 Impfungen pro Woche durch Fach- und Hausärzte) gut erreicht worden sei. Nun kämen noch die Betriebsärzte hinzu, die überwiegend gesunde Menschen ohne viel Anamnese im Vorfeld impfen würden. Das werde viel bringen. Zahlen hierzu könne sie jedoch nicht anführen. Als Beispiel nannte sie die Kinderärzte, die pro Kassenarztsitz (dies seien ungefähr 50 im RSK) ca. 750 Patienten zwischen 12 und 16 Jahren hätten. Sollten diese bis zu den Sommerferien geimpft werden müssen, sei dies gut durch die Kinderärzte umsetzbar. Der Kinderarzt Dr. Weis habe ihr gegenüber angegeben, die 750 Patienten an zwei Tagen impfen zu können. Sie selbst habe am nächsten Tag eine Impfklinik in Hennef mit 850 Personen. Dies sei zu schaffen, aber nur in der Gruppe und gut organisiert. Wenn die Ärzte also online mit der Organisation unterstützt würden, sei auch viel möglich.

Problemfälle sehe sie in den Obdachlosen- und Flüchtlingsheimen, den sozialen Brennpunkten und bei Migranten. Im Impfzentrum sehe sie keine Migranten. Sie sei der Ansicht, dass mit den Impfzentren nicht die Bevölkerungsschichten erreicht würden, die dringend geimpft werden müssten und wo Ausbrüche zu verzeichnen seien. Sie wisse nicht, ob das Anmeldeverfahren über das Internet zu kompliziert sei oder das Anrufen nicht funktioniere oder ob es sonstige Hemmnisse gebe. Sie erreiche aber auch bei Angeboten in ihrer Praxis diese Bevölkerungsteile nicht. Ggf. müsse hier noch mehr aufgeklärt werden. Bei der Impfklinik für Obdachlose mit Johnson und Johnson hätten sich lediglich acht Personen zur Impfung bereit erklärt. Sie glaube, dass hier die Impfwilligkeit das Problem sei und nicht die Impffähigkeiten oder die Angebote.

Die Kranken seien aber inzwischen gut versorgt. Nicht beurteilen könne sei die Menge der gesunden jungen Menschen, die nicht in die Arztpraxen kämen. Dies sei der nächste Schritt, der nun angegangen werden müsse. Im Impfzentrum sehe sie aber, dass das Impfen bei den jungen Menschen deutlich flüssiger laufe, es gebe hier keine Staus mehr.

Vorsitzender Abgeordneter Schmitz bedanke sich für das Engagement und die Ausführungen von Frau Dr. Hiepler. Ihr Bericht mache ihm Hoffnung, dass sobald größere Mengen an Impfstoff vorhanden seien, auch allen Impfwilligen ein Angebot unterbreitet werden könne. Die Verwaltung habe zudem Überlegungen in den Raum gestellt, wie die Gruppe derer, die derzeit bei den Impfungen zurückhaltend reagiere, noch mehr angesprochen werden könne.

Abgeordnete Neuhoff bedanke sich ebenfalls bei Frau Dr. Hiepler. Sie verwies noch einmal auf die Aussagen der Regierung, dass seit Monaten mehr Impfstoff zur Verfügung gestellt werden solle, welcher aber bisher nicht komme. Bei ihr als medizinischem Laien werde damit die Angst geschürt, wann es endlich losgehe. Es bestehe die Befürchtung, dass bald unzählige Impfdosen „über Deutschland

hereinbrechen“, die dann nicht verimpft werden könnten. Daher stamme ihre Motivation immer wieder nachzufragen, ob der RSK für diesen Fall gut aufgestellt sei. Dank der vorgenannten Zahlen sei sie nun optimistischer. Abgeordnete Neuhoff bat jedoch aufgrund der sehr unterschiedlichen kommunalen Strukturen um eine frühzeitige Rückmeldung an den RSK, sollte es in einer oder mehreren Kommunen problematisch werden aufgrund fehlender Großpraxen, um mit geeigneten Maßnahmen über die Bürgermeister dort unterstützen zu können. Sie bat zudem noch um Aufklärung, ob das erwähnte Online-Terminpool allen Kommunen im RSK zur Verfügung stehe.

Frau Dr. Hiepler erklärte, dass die Impfstoffmenge immer relativ sei. Im Vergleich zu April stünde mittlerweile recht viel Impfstoff zur Verfügung. In den kommenden Wochen würden lediglich Zweitimpfungen angeboten, da nicht mehr Impfstoff vorhanden sei, diese aber auch gemacht werden müssten. Sollte es in einer Kommune Probleme geben, melde man sich in der Regel bei ihr. In jeder Kommune gebe es starke Partner, die auch ggf. in anderen Kommunen unterstützen würden. Unter den Niedergelassenen finde man aktuell zudem auch ein neues „Miteinander“. Die Kollegialität unter den Praxen entwickle sich durch die Krise sehr gut und führe zu einer Gruppendynamik.

In Hennef arbeite man ihrer Kenntnis nach mit dem Online-Termin kalender, der über den RSK gekauft worden sei. Hierzu hätten alle Bürgermeister Zugang.

Frau Dr. Hasper führte hierzu aus, dass nicht auszuschließen sei, dass eine Möglichkeit geschaffen werden könne, die Kommunen ohne Vorfeld-Prüfung durch das Gesundheitsamt über dieses Tool Termine buchen zu lassen. Es handle sich jedoch nicht um das System, das vom Gesundheitsamt aus mit bedient werde. Vom Gesundheitsamt aus könnten nur ausgelagerte, beauftragte Impfstraßen mit bedient werden, wo das Gesundheitsamt dann auch das Termintool zur Verfügung stelle und zuvor prüfe, wem eine ID gegeben werde, um einen Termin zu buchen.

Vorsitzender Abgeordneter Schmitz warf ein, dass es hilfreich und zielführend sei, dies zu thematisieren. Die Ärzte würden laut Frau Dr. Hiepler ja gerade bei der Organisation Unterstützung benötigen. Wenn es diesen Baustein gebe, solle er auch entsprechend kommuniziert werden.

Zudem wies Vorsitzender Abgeordneter Schmitz noch einmal auf die Frage nach den Eintragungen in Impfausweisen hin, welche an Frau Dr. Hiepler gestellt werden sollte. Er bat Frau Dr. Hasper, die Frage noch einmal zusammenzufassen.

Frau Dr. Hasper führte aus, dass es um die Frage gehe, wo geimpfte Personen, die lediglich eine Impfbescheinigung erhalten hätten, den Nachtrag in ihren Impfausweis erhalten könnten. Es gebe sehr viele Anfragen diesbezüglich und es bestehe große Unsicherheit. Die Bevölkerung wünsche sich den Eintrag in den Impfausweis, um die Sonderrechte nun auch nutzen zu können. Rein gesetzlich könne jeder Arzt die Impfung nachtragen. Normalerweise mache dies der impfende Arzt. Es gebe aber viele Rückmeldungen, dass die Hausärzte die Nachtragung u.a. aus Kapazitätsgründen ablehnen würden, sodass dann ein Antrag beim Gesundheitsamt gestellt werde.

Frau Dr. Hiepler gab an, dass im Impfzentrum immer der Impfausweis ausgefüllt werde. Es werde auch die Ersatzbescheinigung ausgefüllt. Wenn beides vorliege, auch beides. Das Problem sei oft, dass sofern nicht aktiv nach dem Impfausweis gefragt werde, dieser nicht vorgelegt werde. Es gebe aber auch Personen, die keinen Impfausweis besitzen würden. Im Impfzentrum seien keine Impfausweise vorhanden, sodass hier auch keine neu ausgestellt werden könnten. In diesem Fall werde der Hinweis gegeben, sich z.B. beim Hausarzt einen Impfpass zu besorgen. Dieser könne dann unter Vorlage der Ersatzbescheinigung den Impfeintrag nachholen. Diese Personen könnten aber auch ins Impfzentrum zurückkommen und würden dort beim ärztlichen Leiter den Nachtrag erhalten. Es sei auf Nachfrage bei der KV nicht üblich, dass Impfzentren Impfausweise vorhalten.

Abgeordnete Manstein konkretisierte ihre früher gestellte Frage noch einmal dahingehend, dass es um die großen Gruppen (z.B. Pflegepersonal) gehe, die auf einmal geimpft worden seien und ein Ausfüllen der Impfausweise den Zeitrahmen gesprengt hätte. Hier erhalte sie die Rückmeldung, dass die Hausärzte einen nachträglichen Eintrag ablehnen würden, da sie selber nicht geimpft hätten. Sie bat um Klärung, inwieweit durch Frau Dr. Hiepler hier auf die Hausärzte eingewirkt werden könne.

Frau Dr. Hiepler bestätigte dieses Problem. Bei den Impfungen in den Heimen und bei Pflegediensten habe sie die Unterlagen jedoch mit in die Praxis genommen und im Nachhinein ausgefüllt. Danach seien die Impfausweise wieder zurückgegeben worden. Oft hätten die Heime dies auch selbst gemacht bzw. mitgeholfen. Sollte es noch Bedarf geben, handle es sich sicherlich um Einzelfälle. Sie könne nachvollziehen, dass Hausärzte sich weigern würden, Impfungen nachzutragen, da es sich um eine Urkunde handle, die die Ärzte nicht selber ausgefüllt hätten und durch die Presse gehe, dass es hier immer mehr zu Fälschungen komme. Die Ärzte hätten die Befürchtung, hier eine Urkundenfälschung zu begehen. In diesen Fällen schlage sie vor, sich an den leitenden Impfarzt im Impfzentrum zu wenden und die Eintragung hier vornehmen zu lassen.

Frau Dr. Hasper fasste für das Gesundheitsamt zusammen, dass Personen die im Impfzentrum geimpft wurden, an das Impfzentrum verwiesen werden dürften, um dort den Nachtrag zu erhalten. Sie bat um eine zeitliche Einordnung, ob es hierfür bestimmte Zeitfenster gebe oder die Personen sich einfach anstellen könnten.

Frau Dr. Hiepler erklärte, nicht einschätzen zu können, wie viele Personen diese Möglichkeit in Anspruch nehmen würden. Die Personen müssten sich aber nicht anstellen, sondern würden vom Sicherheitspersonal direkt in ihr Zimmer geschickt. Wenn es sich um eine überschaubare Menge handle, sei dies kein Problem. Sollten jedoch mehrere hundert Personen kommen, benötige sie hier Verstärkung und müsse man entsprechend nachsteuern.

Frau Dr. Hasper führte weiter aus, dass es Personen gebe, die wegen eines neuen Impfausweises anfragen würden, der beim Hausarzt 4 € koste und diesen über das Gesundheitsamt umsonst haben wollten.

Frau Dr. Hiepler gab hierzu an, dass der Impfausweis in der Tat 4 € koste, dieser auch von den Ärzten gekauft werden müsse und zum Selbstkostenpreis weitergegeben werde. Daher könne dies auch im Impfzentrum nicht angeboten werden, da es nicht möglich sei, dort ein Bar-Abrechnungswesen vorzuhalten.

Abgeordneter Sonntag erbat sich drei Nachfragen von Frau Dr. Hiepler. Er betonte zunächst, dass sich das Thema der Impfkapazitäten als Schwerpunktthema durch die Sitzung ziehe. Insbesondere die Frage, neben den bestehenden Kapazitäten von 14. bis 15.000 Impfungen im Impfzentrum pro Woche auch die Menge bei den Hausärzten und Fachärzten zu klären. Er hoffe auf eine konkrete Zahl um abschätzen zu können, ob darüber hinaus noch Handlungsbedarf bestehe oder alles mit den Ärzten und dem Impfzentrum abgedeckt sei. Er habe nun die Zahl 20.000 Impfungen pro Woche durch die Ärzte gehört, in einem Zeitungsinterview gegenüber dem Generalanzeiger habe sie jedoch die Größenordnung 50.000 pro Woche genannt. Dies sei ein großer Unterschied in den Dimensionen. Abgeordneter Sonntag bat um Kalkulation, was hier noch möglich sei. Dies sei wichtig, da man sich mit den verschiedenen Prüfvarianten der Verwaltung beschäftigen müsse.

Ferner wies er darauf hin, dass es unter den Ärzten einige geben solle, die sich aus den Impfungen zurückzögen. Er bat hierzu etwas aus der eigenen Wahrnehmung zu sagen. Zuletzt bat Abgeordneter Sonntag um einen Rat bezüglich weiteren Handlungsbedarfs gegenüber der Ärzteschaft/Impfzentren und weiteren Impfwegen die ggf. vorzubereiten seien.

Frau Dr. Hiepler erklärte, dass die Zahl von 50.000 Impfungen in der Woche gut umzusetzen sei: wenn das Impfzentrum 14.000 Impfungen durchführe, die Haus- und Fachärzte 30.000 und die Betriebsärzte 10.000, komme man hier gut hin. Nun würden die jungen Menschen geimpft, was wesentlich flüssiger laufe. Mit Impftagen/Impfstraßen in den Kommunen, wo Ärzte durch die Standortbeauftragten mobilisiert würden mitzumachen, sei diese Zahl an Impfungen ohne zusätzliche Maßnahmen zu schaffen. Die Kapazitäten des Impfzentrums seien ausgereizt, hier sei nicht mehr möglich. Man müsse nun direkt mit ein oder zwei Aktionen in die Kommunen gehen.

Die Müdigkeit unter den Ärzten sei politisch bedingt durch das ständige „Hüh und Hott“, nicht durch das Impfen selber. Es komme immer wieder die Frage, ob Impfstoff da sei oder nicht. Dann seien Patienten einbestellt worden, die wieder abbestellt werden müssten, wenn kein Impfstoff da sei. Zudem gebe es Diskussionen bezüglich vermeintlicher Bevorzugungen von Patienten sowie den Wünschen bei Impfstoffen. Das könnten Ärzte irgendwann nicht mehr aushalten. Diese Diskussionen würden bei den jungen Leuten aber nicht auftreten. Die Dankbarkeit an den Sonder-Impftagen sei so groß, dass diese die Ärzte wieder zum Weitermachen beflügeln. Sie sehe dem ganzen daher positiv entgegen.

Abgeordnete Ihrig bedankte sich für die Ausführungen von Frau Dr. Hiepler. Sie sehe der Aufhebung der Priorisierung nun wesentlich optimistischer entgegen. Ferner gab sie den Hinweis, dass der Impfausweis über die KV kostenfrei zu bestellen sei. Sie biete den Impfausweis daher in ihrer Praxis ebenfalls kostenfrei an und bat darum, den Impfausweis über diesen Weg auch im Impfzentrum kostenfrei vorzuhalten. Zudem bat sie um eine Idee, wie die Umsetzung des digitalen Impfausweises funktionieren solle, welcher in Kürze auch auf die Hausarztpraxen zukomme.

Frau Dr. Hiepler bedankte sich für den Hinweis bezüglich des kostenlosen Bezugs von Impfausweisen, sie werde dies weitergeben und auch Impfausweise für das Impfzentrum bestellen.

Der digitale Impfausweis sei weiterhin in der Diskussion. Hier sollen die Daten des RKI zugrunde gelegt werden. Alle Impfungen seien dorthin gemeldet. Weitergehende Informationen, wie weit die Umsetzung gediehen sei, habe sie nicht.

Vorsitzender Abgeordneter Schmitz bedanke sich noch einmal für die Ausführungen und das Engagement von Frau Dr. Hiepler und ihren Kollegen/innen. Er bedankte sich zudem bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit. Er sei zuversichtlich, die Krise gemeinsam bewältigt zu bekommen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde sodann durch den Vorsitzenden Abgeordneten Schmitz beendet. Fragen oder Anregungen für den nichtöffentlichen Teil wurden keine vorgebracht. Die Sitzung wurde daher durch den Vorsitzenden Abgeordneten Schmitz um 18.26 geschlossen.

Dezernent Schmitz bat nach der Sitzung die Gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktionen zu einer Terminabstimmung bezüglich der Krankenhausbedarfsplanung zusammen.